*Mohssen Massarrat*

*Berlin 19. Februar 2020*

**Anmerkungen zum Entwurfspapier „Das Chaos verstehen“ der Arbeitsgruppe aus dem attac-Beirat (im folgenden *Entwurfspapier)***

Die Arbeitsgruppe hat sich die Mühe gemacht und versucht, aus den eingereichten Referaten einen brauchbaren Entwurf zu formulieren, der systematisch gegliedert, in weiten Teilen gut, teilweise sogar brilliant geschrieben ist. Das Entwurfspapier enthält auch wichtige Anregungen für die innerlinke Diskussion. Dennoch ist das Papier nicht frei von Widersprüchen, gerade bei strategisch wichtigen Zielen linker Politik. Darin fehlen m. E. auch zentrale auf die Überwindung des Kapitalismus zielende linke Projekte, die an die Gegenwartskrisen in ihrem *Gesamtzusammenhang* anknüpfen. Ich möchte auch nachträglich dazu beitragen, den Text in seiner inneren Logik stimmiger zu machen und einige Lücken zu schließen, die deutlich zu erkennen sind.

1- Das Unterkapitel *2.1 Eine singuläre Zivilisationskrise* wird mit folgendem als strategisch gemeinten Satz beendet: *„eine Priorisierung oder zeitliche Abfolge im Sinne von „erst die Klimakrise lösen, dann sich um den Kapitalismus kümmern“ - oder umgekehrt, scheitert in der Praxis. […] Umweltkrise und Kapitalismus stellen eine Einheit dar*. Diese Aussage ist entweder nichtsagend und ohne schlüssige Handlungsoptionen für eine linke Politik. Oder sie ist falsch, wenn damit gemeint sein sollte, dass alle Gegenwartsprobleme (Klimakrise, soziale Ungleichheit, Wettrüsten und Kriege etc.) nur mit der Überwindung des Kapitalismus verschwinden werden. Eine solche Interpretation – sie ist eine Spielart der Zusammenbruchstheorie und m. E. wahrscheinlich hier auch so gemeint – erzeugt politische Handlungsblockaden und versperrt den Blick auf einen evolutionären Prozess in Richtung auf **die** postkapitalistische Gesellschaft:

1.1- Die These, erst den Kapitalismus überwinden, führt nicht zur Reduktion der Komplexität, sondern sie stellt die antikapitalistische Bewegung vor eine um ein Vielfaches schwerere und wahrscheinlich auch niemals einlösbare Herausforderung. Sie blockiert jedwede linke Handlungsperspektiven für die heute anstehenden globalen Krisen und trägt mit dazu bei, dass weitere neue Krisen (zum Beispiel Anstieg des Meeresspiegels als Folge der Erderwärmung und millionenfache Klima- und Hungerflüchtlinge) noch dazu kommen, die das Chaos massiv verschärfen und den Weg für rechte Bewegungen und autoritäre Strukturen, vielleicht sogar für einen neuen Faschismus, ebnen.

1.2- Die kausale Verknüpfung sämtlicher Gegenwartsprobleme mit dem Kapitalismus und dessen inneren ökonomischen Zwängen unterschlägt, dass viele von diesen Gegenwartsproblemen das Ergebnis der Verschmelzung von Kapital und Macht und der historisch entstandenen Phänomene sind, die durch politische Allianzen evolutionär beseitigt werden können. Die Klimakrise resultiert beispielsweise aus dem fossilen Kapitalismus im 19. und 20. Jh., der heute noch lange nicht seinen Zenit erreicht hat. Die Schlussfolgerung, dass der Kapitalismus ohne fossile Energieträger zusammenbräche, entbehrt jedoch einer logischen und empirischen Grundlage. Der Kapitalismus kann sich sehr wohl auch an die erneuerbaren Energietechnologien anpassen und weiter fortbestehen. Auch der militärindustrielle Komplex (MIK) der USA und der US-Unilateralismus, um einen weiteren Krisen erzeugenden Bereich zu nennen, ist nicht allein das Resultat von kapitalistischen Verwertungsbedingen, sondern ein Ergebnis des Zusammenwirkens einer Reihe von historischen Entwicklungen und Machtkonzentrationen (u.a. die zwei Weltkriege, Blockkonfrontation, menschliche und natürliche Ressourcenpotentiale in den USA für globale Hegemonie und Imperialismus etc.). Dem MIK, dem US-Imperialismus und dem Unilateralismus könnten in einer multipolaren Welt die Grundlage entzogen werden oder diese könntenzumindest eingedämmt werden. Dadurch würde jedoch der Kapitalismus nicht zusammenbrechen. Sehr wohl dürften sich jedoch dadurch die Voraussetzungen in Richtung Postkapitalismus deutlich verbessern. Auch der gegenwärtige Finanzmarktkapitalismus, um ein weiteres historisch gewachsenes Phänomen im Kapitalismus hervorzuheben, ist m. E. keineswegs das zwingende Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, sondern entstand u.a. auch deshalb, weil Gewerkschaften und linke Parteien auf die Krise der keynesianischen Kredit finanzierten Beschäftigungspolitik der 1970er Jahre nicht mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit (z. B. der 30-Stundenwoche) reagierten, sondern weiter auf Wachstum setzten, dessen ökologische Grenzen bereits in den 1970er Jahren ersichtlich geworden waren. Dadurch wurde dem Siegeszug für den Neoliberalismus (weder Wachstum noch Beschäftigung, sondern noch mehr Arbeitslosigkeit, dramatische Schwächung der Gewerkschaften und linker Parteien, Herstellung von Angstzuständen und Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Lasten der Gewerkschaften) buchstäblich Tür und Tor geöffnet.

Damit will ich untermauern, dass die Zivilisationskrisen, wie sie im Entwurf stromlinienförmigdargestellt wurden, in der Realität viel komplexer sind undjedenfalls nicht allein auf den Kapitalismus reduziert werden können. Der hier kritisierte Satz, *eine Priorisierung oder zeitliche Abfolge im Sinne von „erst die Klimakrise lösen, dann sich um den Kapitalismus kümmern“ - oder umgekehrt, scheitert in der Praxis. […] Umweltkrise und Kapitalismus stellen eine Einheit dar.* Was damit auch gemeint sein sollte, gehört jedenfalls nicht in ein solches Papier.

2- Viel differenzierter und realitätsnäher ist im Unterschied zum Unterkapitel *2.1,* das Unterkapitel *2.4 Gesellschaftliche Planung* und vor allem dessen abschließender letzter Satz, *Gefragt ist eine politische Ökonomie einer sozial-ökologischen Transformation, die zugleich auf die Überwindung des Kapitalismus zielt,* (der übrigens auch in diametralem Widerspruch zu der oben kritisierten Schlussfolgerung des Unterkapitels 2.1 steht). Ein solcher Ansatz eröffnet den Weg, ausgehend von globalen Gegenwartskrisen, visionäre Projekte, die auf Grund ihrer Aktualität und besseren Vermittelbarkeit Menschen mobilisieren und emanzipatorische Potenziale zusammenführen könnten, auf die Tagesordnung zu setzen. In dem wichtigen Schlusskapitel *6. Die gesellschaftliche Linke und die Krisen und vor allem 6.1 Transformative Eingriffe* werden brauchbare Hinweise und teilweise auch Einzelprojekte aufgelistet. Ich möchte hier, ganz im Sinne von *Transformativen Eingriffen*, ergänzungshalber einige zentrale, die Gegenwartskrisen in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassenden Projekte beschreiben, die m. E. unter 6.1 fehlen:

2.1- Ein *globales Klimaschutzkonzept,* das den Ausstieg aus dem fossilen Sektor und zwar global und umfassend sicherstellen kann. Die bisher auch bei Fridays for Future diskutierten Konzepte und Strategien erfüllen bei weitem nicht die Voraussetzungen für einen wirklichen fossilen Ausstieg, weil sie sich im Wesentlichen auf Marktinstrumente beschränken, auf individuelle und regionale Verhaltensänderungen, auf die Konkurrenz und einGegeneinander, weil sie auf die Spaltung zwischen der Klima- und sozialen Frage setzen, knappe Ressourcen in einer wahrscheinlich mehr als problematischen Richtung wie Ausbau der E-Mobilität lenken und entscheidende globale Akteure, vor allem die Öl- und Gasproduzenten - zumal des globalen Südens - konsequent ausblenden. Nein, mit solchen halbherzigen und fluchtwegeträchtigen Halbrezepten wird die Menschheit das Klimaproblem nie und nimmer in den Griff bekommen. Gefragt ist vielmehr für die Einhegung der Klimakrise eine auf *Kooperation* beruhende Strategie, die sozial und global Win Win-Effekte generieren und daher auch eine tragfähige soziale Basis entstehen lassen. Gemeint ist hier die Kooperation zwischen Verbrauchern und Produzenten fossiler Energien (national wie global), um den Ausstieg aus dem fossilen Pfad so rasch wie möglich zu organisieren**.** Wie eine solche Kooperation durch Win Win-Effekte aussehen könnte und wie das Projekt in einem völkerrechtlichen Rahmen, wie beispielsweise durch die Erweiterung des Pariser Klimaabkommens, umgesetzt werden kann, habe ich vor einigen Wochen in einem Beitrag „Das Ende der Kompromisse“ ausführlich dargestellt, den ich mit diesem Text auch für die Debatte mit der Vertreterin von Fridays for Future mit herumschicke. Hier und in aller Kürze sollte die zentrale Idee dieses Konzepts genügen, die darin besteht, als Alternative zu Preisinstrumenten an der systematischen Reduktion der Produktion und des Angebots von fossilen Energieträgern anzusetzen.

***(Die Steuerungsgruppe hat offensichtlich vergessen, mich bei dem Tagesordnungspunkt Klimastrategie als Mitdiskutanden mit aufzunehmen. Als Initiator dieses TOPs auf der letzten Beiratssitzung habe ich selbstverständlich ein großes Interesse daran, mich an dieser Debatte am Freitag-Nachmittag intensiv zu beteiligen.)***

Allein die Kernidee der (nationalen, regionalen und globalen) Kooperation, die ein Bindeglied im vorgeschlagenen Klimaschutzkonzept sein sollte, ist an sich systemsprengend und verweist auf postkapitalistische Lebensweisen und Perspektiven. Kooperation ist jedoch fundamental für die Lösung aller globalen Gegenwartskrisen. Die Neuorientierung auf Kooperation ist zwar keine leichte Aufgabe und sie erfordert auch umfassende Überzeugungsarbeit, sie ist jedoch die Voraussetzung für einen neuen kulturellen und zivilisatorischen Wandel, ohne den der Übergang zum Postkapitalismus schwer denkbar sein dürfte. Ein ganzheitlich durchdachtes Klimaschutzkonzept erleichtert andererseits immens die politische Vermittlung von Kooperation als Krisenlösungsstrategie.

Der Ausstieg aus dem fossilen Sektor durch Kooperation hätte außer der politischen Absicht, das 1.5 Grad Erderwärmungsziel doch nochzu verwirklichen, auch den gigantischen Nebeneffekt, dass damit sämtliche hegemonial-imperialistischen und im fossilen Sektor angelegten Hebel verloren gingen. Zu diesen Hebeln gehören: die Erpressung westlicher Bündnispartner durch die USA wegen deren Energiesicherheit (siehe Northstream 2), der imperialistisch etablierte Kreislauf Öl gegen Waffen, die Ölkriege im Mittleren und Nahen Osten, die Verstärkung des Monopols am Dollar als Leitwährung durch die militärische Absicherung des Ölhandels gegen Dollar etc. Durch das Verschwinden dieser von den USA systematisch eingesetzten Mittel zur Aufrechterhaltung des Unilateralismus und zu hegemonialen Operationen dürfte m. E. der Weg für den Übergang zu einer multilateralistischen Weltordnung und zum Ausbau kooperativer Strukturen frei werden.

2.2- Ein weiteres aus meiner Sicht zentrales linkes Projekt mit einem erheblichen Emanzipationspotenzial ist die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Im Entwurfspapier wird im Unterkapitel *5.2 „Die Linke und die Arbeiterklasse“* der „Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung“ eine politische Anziehungskraft im Sinne von transformativen Eingriffen mehr oder weniger abgesprochen, weil die Diskussion darüber „weitgehend von der betrieblichen Erfahrungswelt der Lohnabhängigen, die sich der verschärften Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt sehen und [ ] auf eine Kette von Niederlagen [ ] zurückblicken“. Es bleibt dahingestellt, ob diese vor allem von der gewerkschaftlichen Seite zur Verdrängung der eigenen historischen Fehler vorgetragene Darstellung überhaupt stimmt. Die simple Bezugnahme auf Weltmarktkonkurrenz und Globalisierung zur Begründung der Verschlechterung gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben hebt diese unbestreitbare Rückentwicklung auf die Ebene von naturgesetzlichen Zwängen, die linkes Handeln von vornherein als zwecklos erscheinen lässt. Die Tatsache, dass die Gewerkschaften den historisch richtigen Zeitpunkt für die Fortsetzung einer aktiven Beschäftigungspolitik durch Arbeitszeitverkürzung in den 1980er und 1990er Jahren verpasst haben und dann z. B. den Flächentarifvertrag - ihrem wichtigsten überbetrieblichen Hebel - auf Druck der Unternehmer rein defensiv zu Gunsten einer Politik der Besitzstandswahrung aus der Hand gegeben haben und Schritt für Schritt zu Lasten gewerkschaftlicher Kampfkraft zurückgerudert sind, war das Ergebnis politischer Kalküle und Entscheidungen. Daher können und müssen diese auch nur politisch korrigiert werden. Selbst wenn die im Entwurfspapier vorgebrachte Argumentation stimmen sollte, ginge eine Strategie von transformativen Eingriffen an einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung nicht vorbei. Ja, ein solches Projekt, wie alle anderen Projekte mit transformativen Perspektiven, ist eine Herkulesaufgabe, ganz klar. Deshalb dürfen solche Projekte aber, meint man es mit der Überwindung des Kapitalismus ernst, nicht einfach beiseitegeschoben werden, zumal es um zentrale Schlüsselprojekte geht. Und die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist aus meiner Sicht ein solches Schlüsselprojekt mit systemsprengender Kraft und eignet sich zur Lösung bzw. Entschärfung von einigen wichtigen Gegenwartskrisen: so zur Überwindung von Massenarbeitslosigkeit und der Stärkung der Gewerkschaften, zur Vorbeugung neuer Wellen von Arbeitslosigkeit als Folge von Digitalisierung, zur Steigerung der Binnenkaufkraft und Vermeidung imperialistischer Überschussproduktion, hinzu mehr Verteilungsgerechtigkeit, zum Abbau von überschüssigen Unternehmergewinnen und der Schwächung des spekulativen Finanzsektors, zur Stärkung der Realwirtschaft, zur Vollbeschäftigung und zur Überwindung der Angst bei den Beschäftigten und vieles andere mehr.

**Ausführlicher dazu verweise ich auf das zusammen mit Heinz-Josef Bontrup erarbeitete und 2011 veröffentlichte *Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit* und ferner auf mein 2017 veröffentlichtes Buch *Braucht die Welt den Finanzsektor?***

2.3- Die Alternative zum Kapitalismus müsste im Ansatz schon im real existierenden Kapitalismus für die Menschen sichtbar und erlebbar in Form von postkapitalistischen *Leuchttürmen* entstehen und sie müsste sich auch im Wettbewerb mit dem Kapitalismus bewähren. Das bloße Versprechen einer besseren Zukunft jenseits des Kapitalismus reicht, gerade angesichts der negativen Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus, in keiner Weise aus, um gesellschaftliche Mehrheiten für fundamentale Veränderungen zu gewinnen. Das bedeutet eine intensive Diskussion und die Anstrengung, in relevanten Sektoren der Wirtschaft postkapitalistische Betriebe z. B. nach dem Muster von Miteigentümergesellschaften (s. Sahra Wagenknecht, in Reichtum ohne Gier) aufzubauen bzw. solche, die bereits vorhanden sind, aufklärerisch zu begleiten und zu unterstützen. Solche im Kern solidarisch und postkapitalistisch organisierte Betriebe gibt es bereits in Spanien, in Österreich aber auch in Deutschland. Das Unternehmen *Mondragon* im spanischen Baskenland existiert bereits seit längerem, das nach dem Konzept MitarbeiterInneneigentum geführt wird. Dabei handelt es sich um das größte Unternehmen in der Region und eines der größten Unternehmen in Spanien mit insgesamt 80.000 Mitarbeiterinnen und Niederlassungen in 31 Staaten. Der unternehmerische Tätigkeitsbereich von Mondragon erstreckt sich auf Produktion und Dienstleistung im Metall- und Elektrobereich, auf den Bausektor und Einzelhandel, aber auch auf das Bank- und Kreditwesen. Dass ein solches Projekt in den linken Debatten darüber, wie wir die Zukunft gestalten wollen und wie Erfahrungen derartiger Zukunftsprojekte verallgemeinert werden können, so gut wie keine Rolle spielt, ist schon erstaunlich und besorgniserregend zugleich. Dies ist m.E. für den Zustand der Linken symptomatisch: vor lauten Bäumen sieht man den Wald nicht mehr. Die Vernetzung von Betrieben wie Mondragon und zahlreiche andere kleinere Unternehmen, auch solcher, die sich auf der Basis der 30-Stundenwoche und im Wettbewerb mit den traditionellen Unternehmen auch erfolgreich durchsetzen, gehört m.E. zu den wichtigsten Aufgaben linker Bewegungen und Parteien.